

Kommentar

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **51 (1971-1972)**

Heft 11

PDF erstellt am: **30.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

RENVERSEMENT DES ALLIANCES?

Abschied von der Bipolarität?

Die Jahreswende 1971/1972 steht in der internationalen Politik im Zeichen weitreichender Umschichtungen. Mag es angesichts der tatsächlichen militärischen und wirtschaftlichen Kräfteverhältnisse noch verfrüht sein, schon heute von einem «Abschied von der Bipolarität» zu sprechen, die seit 1945 die grossen Konfrontationen bestimmt hat, so gibt es doch viele Indizien dafür, dass die sich formierende multipolare Konstellation bereits jetzt das weltpolitische Geschehen beeinflusst. Das trat vor allem im indisch-pakistanischen Konflikt zutage, in welchem sich die Vereinigten Staaten und die Volksrepublik China als Opponenten gegen die Politik Moskaus im gleichen Lager zusammenfanden.

Fernwirkungen des Krieges zwischen Indien und Pakistan

Es ist im Augenblick noch nicht möglich, die vollen Auswirkungen des kriegerischen Zusammenstosses zwischen Indien und Pakistan zu überblicken. Auf dem indischen Subkontinent hat das Auseinanderbrechen Pakistans in seinen westlichen und seinen östlichen Teil eine neue Situation geschaffen. Indien sieht sich plötzlich aus der Umklammerung befreit, die ihm in der Vergangenheit bei allen Kontroversen mit dem feindlichen Nachbarn eine gewisse Reserve auferlegt hatte. In einem

künftigen neuen Konflikt um Kaschmir hätte Delhi damit jene längst gewünschte Rückenfreiheit, die ihm einen grösseren Manövrierraum gewährt als beim Krieg von 1965.

Diesen Vorteil hat Indien freilich teuer erkaufen müssen. Durch den Freundschaftspakt, den es im August letzten Jahres mit der Sowjetunion abschloss, hat es die Glaubwürdigkeit seiner Position als führender Sprecher der blockfreien Nationen entscheidend untergraben; zweifellos wird in nicht allzu ferner Zukunft der Kreml die Rechnung für die Unterstützung präsentieren, welche die Moskauer Machthaber im Dezember 1971 Indien zukommen liessen. In welcher Form dies geschehen wird, ist heute noch nicht abzuschätzen; dass die Sowjetunion jedoch künftig vermehrten *Einfluss* auf Indien nehmen und damit seine seit längerer Zeit verfolgte expansive Flottenpolitik Richtung Indischer Ozean wirkungsvoll zu komplettieren suchen wird, dürfte so gut wie sicher sein.

Delhi wie Moskau können für die Einschlagung dieses Kurses stichhaltige Argumente ins Feld führen. Präsident Nixons Ankündigung vom 15. Juli 1971, dass er nächstens Peking besuchen werde, musste sowohl in Indien wie in Russland alarmierend wirken; die amerikanische Wende gegenüber der Volksrepublik China war denn auch die Initialzündung für Indiens Annäherung an Moskau, in welchem es seinen natürlichen Verbündeten in der Auseinander-

setzung mit Peking sehen muss, die 1962 bereits einmal zu kriegerischen Verwicklungen geführt hat.

Andererseits erblickte Moskau in der Bedrängnis Indiens eine Chance, China von Süden her zu umfassen und in seiner Bewegungsfreiheit einzuengen. Es hat diesen Vorteil sofort wahrgenommen, ungeachtet der Implikationen, welche ihm diese pointierte Stellungnahme gegen das islamische Pakistan bei seinen arabischen Verbündeten im Nahen Osten bescheren würde. Die Sowjetunion hat schliesslich auch – zumindest nach aussen hin – nichts Konkretes unternommen, um Indien in seinem Vorgehen gegen Pakistan zu bremsen; im Gegenteil: alles deutet darauf hin, dass die Regierung von Delhi sich der ausdrücklichen Zustimmung Moskaus versichert hat, ehe sie die Konfrontation mit Pakistan in einen bewaffneten Konflikt ausmünden liess. Der rasch greifbare Erfolg auf dem Subkontinent ist von der Sowjetunion offenbar für bedeutsamer eingeschätzt worden als die Verstimmung, die sie sich damit in Kairo und Damaskus einhandeln musste.

Westliche Gipfel-Serie

Auf westlicher Seite hat die Entwicklung, die sich in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres angebahnt hat, zu einer weitverbreiteten Unsicherheit in den Beziehungen zwischen den einzelnen Bündnispartnern und vor allem in deren bilateralem Verhältnis zu den Vereinigten Staaten geführt. Als Präsident Nixon am 15. August (nur einen Monat nach der Ankündigung seiner Peking-Reise) eine Reihe tiefgreifender wirtschafts- und währungspolitischer Massnahmen anordnete, bedeutete das

eine entscheidende Kraftprobe für das ganze westliche Bündnissystem. Es drohte eine Situation einzutreten, dass der amerikanische Präsident seinen Gang nach China unternahm, während gleichzeitig in seinem Rücken die bisher zuverlässigsten Partner der USA in einem Zustand der Ungewissheit und der Frustration zurückgelassen würden.

Nixon ist dieser Gefahr begegnet, indem er eine Serie von Gipfel-Treffen mit seinen Verbündeten organisierte. Zweck dieser im Zeitraum von knapp einem Monat durchgeführten Zusammenkünfte war es vor allem, die Alliierten der USA zu beruhigen. Diese Absicht ist zum grössten Teil erreicht worden. Die amerikanische Regie hat es in geschickter Weise verstanden, Besuche und Empfänge der ausländischen Politiker so zu terminieren, dass sie mit wichtigen Beschlüssen Washingtons zusammenfielen. Während der Azorenkonferenz mit Präsident Pompidou wurde bekannt, dass die Vereinigten Staaten sich zur Abwertung des Dollars entschlossen hätten. Als Nixon mit Premierminister Heath auf den Bermudas zusammentraf, wurde die Aufhebung der Importabgabe bekanntgegeben. In Florida erhielt Bundeskanzler Brandt die Zusicherung, dass die USA ihr Engagement in Europa aufrecht erhalten würden, und der japanische Ministerpräsident *Sato* schliesslich kehrte anfangs Januar mit einem um einige Wochen vorverlegten Termin der Rückgabe Okinawas nach Tokio zurück.

Belastetes Verhältnis USA–Japan

Trotz dieser Arrangements ist auf den vier Gipfelkonferenzen eine vollständige

Flurbereinigung nicht zustande gekommen. Das gilt vor allem für das Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und Japan. Durch die amerikanische Kehrtwendung gegenüber China wie durch die Importabgabe ist von allen Verbündeten der USA das fernöstliche Kaiserreich am stärksten betroffen worden. Nixon hat es im letzten Sommer nicht für nötig befunden, Ministerpräsident Sato über den Plan einer Pekingreise zu konsultieren, obwohl das Weisse Haus sich darüber Rechenschaft geben musste, dass der japanische Regierungschef – ein zuverlässiger Parteigänger Washingtons – dadurch nicht nur seiner aussenpolitischen Zielsetzung, sondern vor allem auch gegenüber seinen Opponenten im Innern in eine schwierige Situation manövriert würde. Das japanisch-amerikanische Verhältnis war deshalb in den letzten Monaten starken Belastungen ausgesetzt.

Nach der Zusammenkunft zwischen Nixon und Sato ist es wenigstens zu einer Teilannäherung gekommen. Washington kann es sich heute nicht leisten, die Beziehungen mit Japan noch stärkeren Pressionen auszusetzen. Der Abbau des amerikanischen Engagements in Südostasien zwingt die Vereinigten Staaten fast automatisch zu einer stärkeren Bindung an Japan, bildet doch die Inselkette vor der ostasiatischen Küste die vorderste Linie der westlichen Position in Asien. Es liegt im eigenen Interesse der USA, dass diese Stellung gehalten wird und dass die wirtschaftlichen Überlegungen – Furcht vor der Konkurrenz eines ökonomisch immer mächtiger werdenden Partners – hinter den übergeordneten politischen Überlegungen zurücktreten. Eine Aufweichung an dieser Stelle könnte für die amerikanische Aussenpolitik unter Um-

ständen zu risikoreichen Entwicklungen führen.

Innerdeutsche Vereinbarungen

Eine weitere Konsequenz der internationalen politischen Umschichtung sind die Mitte Dezember zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR unterzeichneten Vereinbarungen über Berlin. Damit ist das Rahmenabkommen der vier Mächte vom September 1971 ausgefüllt worden. Erstmals seit 1945 liegen nun vertragliche Abmachungen über die Regelung des Land- und Wasserverkehrs von der Bundesrepublik nach Westberlin vor. Die Sowjetunion hat ihre Zuständigkeit für die reibungslose Abwicklung dieses Verkehrs ausdrücklich anerkannt und damit eine demonstrative Einschränkung der Souveränität der DDR akzeptiert.

Obwohl allein die Praxis zeigen wird, wie weit damit eine langfristige Entspannung um Berlin erreicht worden ist, so bedeuten diese Vereinbarungen zwischen Bonn und Ostberlin zweifellos einen Fortschritt. Dass sie zustande gekommen sind – trotz offensichtlichem Widerstreben der SED-Machthaber – ist auf die veränderte Bewertung Europas durch die sowjetische Politik zurückzuführen. Moskaus Engagement hat sich deutlich von Mitteleuropa weg nach dem Nahen Osten und nach Asien verlagert. Die Sowjetunion drängt auf eine europäische Sicherheitskonferenz, von der sie sich eine Garantierung und Zementierung des *Status quo* auf dem Kontinent verspricht, um so ihre Bewegungsfreiheit in den schwelenden asiatischen Konflikten zu sichern. Der Kreml konnte umso eher auf eine solche Regelung eingehen, als sie keineswegs

mit einer irgendwie konkret greifbaren Reduktion der sowjetischen Präsenz in Europa verbunden ist: Trotz Spannung mit China, indisch-pakistanischem Krieg und Kriegsdrohungen im israelisch-arabischen Konflikt hat die Sowjetunion, soweit bekannt, keine einzige ihrer Divisionen aus Osteuropa abgezogen. Moskau behält so auch hier für alle möglicherweise eintretenden Veränderungen freie Hand.

Der Erosionsprozess, der in der internationalen Politik letztes Jahr durch die Einbeziehung des kommunistischen China in das Kräftespiel der Mächte eingesetzt hat, vermochte bisher zwar marginal und temporär einige neue Akzente zu setzen und neue politische

Frontstellungen zu schaffen. Zu einem eigentlichen «Renversement des alliances» hat er bis heute jedoch nicht geführt, obwohl sich in den Vereinten Nationen gelegentlich eine Interessengemeinschaft zwischen den Vereinigten Staaten und Peking ergeben hat. Die Strukturen, die durch die Entwicklung der beiden Supermächte nach 1945 geschaffen worden sind, können nicht von einem Tag auf den andern zerfallen. Ohne Zweifel aber zeigen sich heute, deutlicher als noch vor kurzem erwartet, die Konturen eines neuen, komplizierteren Kräftespiels, das in den kommenden Jahren und Jahrzehnten die Geschichte der Welt bestimmen wird.

Alfred Cattani

DIE USA IM JAHR DER ENTSCHEIDUNG?

Vom Malaise zum Schockzustand

Das Schlagwort von der «Krise in den Vereinigten Staaten» ist schon längst zu einem international gebräuchlichen Gemeinplatz geworden. In den USA selbst stellt sich neben der Frage, wie diese Krise überwunden werden könnte, mit zunehmender Dringlichkeit eine zweite Frage: Besteht nicht die Gefahr, dass die amerikanische Nation überhaupt «auseinanderfällt»?

Leider neigen die Amerikaner zu panikartigem Verhalten, und der aussenstehende Beobachter ist schnell bereit, äusserliche Erscheinungen, die in den USA durch die Massenmedien noch zu-

sätzlich hochgespielt werden, für grundlegende Tatsachen zu halten. Wenn aber eine wachsende Zahl von Durchschnittsamerikanern an die Relevanz dieser Äusserlichkeiten glaubt, so können sich diese schliesslich zu neuen Tatsachen entwickeln und die praktische Politik beeinflussen oder auch lähmen.

Heute halte ich den Ausdruck «*Malaise*», mit dem ich in einem meiner letzten Beiträge für die «Schweizer Monatshefte» die Situation in Amerika charakterisierte, für zu schwach. Zutreffender wäre die Feststellung, dass zurzeit die meisten Amerikaner in

einem Schockzustand verharren. Zwar bemühen sie sich, weiterhin ihr gewohntes Dasein zu führen, glauben aber nicht mehr an die Existenz einer nationalen und sozialen Grundlage, die ihrem täglichen Leben und Trachten wesentlichen Sinn und Ansporn verleihen könnte.

Schmelztielfunktion umgekehrt?

Allerdings verschliesst in schwierigen Zeiten eine Gesellschaft gerne ihre Augen vor den drohenden Gefahren, und in den USA besteht ohnehin kaum eine Aussicht, dass sich andere als optimistische Voraussagen breites Gehör zu verschaffen vermögen. Ein nüchterner Blick auf die heutige Situation belehrt uns freilich, dass sich an allen Ecken und Enden Symptome des «Auseinanderfallens» zeigen – übrigens ein für die derzeitige Lage bezeichnender Ausdruck, besonders wenn wir uns der historischen Tatsache erinnern, dass das Land zusammengefügt wurde und noch unlängst die Rolle eines Schmelztiels erfüllte.

Begreiflicherweise fühlen sich daher die Zeitgenossen, ungeachtet der äusserlich zur Schau getragenen Gelassenheit, zutiefst beunruhigt. Offenbar sind die herkömmlichen sozialen Strukturen, die bisher einen nicht funktionierenden Teil der Gesellschaft zu isolieren, zu korrigieren und schliesslich zu integrieren vermochten, gegenwärtig ihrer Aufgabe nicht mehr gewachsen. Ja, das soziale Gefüge selbst scheint von den Rändern her von einem Auflösungsprozess erfasst zu sein. Armee, Polizei, Gerichte, Gefängnisse, Munizipalverwaltungen, Regierungsbehörden und Universitäten sehen sich einer unbarmherzigen Kritik

ausgesetzt. Kritik wird nicht etwa in der Absicht geübt, die Mängel der amerikanischen Institutionen aufzudecken und sie zu beheben; vielmehr sieht sie ihr höchstes Ziel darin, den Glauben an alles und jedes zu erschüttern.

Noch unlängst rühmte sich die amerikanische Nation einer bemerkenswerten sozialen Kohäsion, wenngleich diese nicht frei von Merkmalen des Konformismus und der Gleichmacherei war. Von dieser Kohäsion kann heute nicht mehr die Rede sein. Die geistige Entwicklung früherer radikaler Kritiker verlief in einer Art ballistischer Kurve: Sie begannen als Radikale, erreichten als solche den Höhepunkt ihrer Berühmtheit und beschlossen ihre Laufbahn als Inhaber eines gutbezahlten Amtes im Schosse des Establishments. Diese ganz auf die praktische Politik ausgerichtete «angelsächsische» Weisheit scheint neuerdings verlorengegangen zu sein. Die heutigen Wortführer des Protestes sehen ihr höchstes Ziel darin, die etablierte Gesellschaftsordnung zu zerbrechen.

Hilfloses Establishment

Demgegenüber nimmt sich das Verhalten des Establishments reichlich hilflos aus. Es war bisher gewohnt, unwillkommene Strömungen durch Nachgiebigkeit zu neutralisieren und zu assimilieren, und vermag heute keine neuen Spielregeln mehr zu entwickeln. Gesamthaft gesehen fehlt zurzeit die politische Phantasie in einem Land, das an *eine* Regierungsform, *eine* Verfassung, *ein* allgemein verbindliches Parteiritual und *eine* für alle gültige Zielvorstellung glaubte. Als höchstes erstrebenswertes Ziel galt es, echter Amerikaner und

Anhänger der demokratischen Willensbildung im Staate zu sein.

Während es der «Mitte», dem Establishment, an politischer Phantasie gebricht, bemühen sich die «Flügel» zur Linken und zur Rechten, diesen Mangel mehr als nur wettzumachen. Dies führt fast zwangsläufig zu folgender Situation: Je nachgiebiger und phantasieloser sich die «Mitte» verhält, desto breiter wird das Feld, auf dem die fanatischen Wortführer der beiden «Flügel» zu operieren verstehen. Man könnte heute geradezu von der Existenz dreier Nationen sprechen, die sich keinen allgemeinverbindlichen Ordnungsvorstellungen mehr verpflichtet wissen. Die früheren Grundlagen des staatlichen Lebens, nämlich die bürgerliche Disziplin, das patriotische Bewusstsein, der Berufsethos und der Stolz auf den der Menschheit als Vorbild angepriesenen Schmelztiegel Amerika, sind allgemein erschüttert.

Nixon als Symptom

Meine bisherigen Ausführungen tönen vielleicht etwas abstrakt. Wir können uns aber auch anhand der konkreten Probleme, die im Wahljahr 1972 zur Debatte stehen, ein zutreffendes Bild von der heutigen Lage machen. Bekanntlich sind zurzeit die Rechte wie die Linke gleichermassen unzufrieden mit der Art, wie Präsident Nixon die Innen- und die Aussenpolitik führt. Vor seiner Wahl genoss Nixon den Ruf eines erwiesenen Antikommunisten, galt als Anhänger einer konservativen Wirtschaftspolitik und trat entschieden für die Durchsetzung von Recht und Ordnung ein. Diese Eigenschaften zogen ihm zwar den unversöhnlichen Hass der

Linken zu, sicherten ihm aber zugleich auch den Wahlsieg. Zurzeit betreibt er gegenüber Moskau und Peking eine Appeasement-Politik, gebärdet sich in wirtschafts- und finanzpolitischen Belangen wie ein Jünger Keynes', und die allgemeine Anarchie hat seit dem Ende der Amtszeit Lyndon B. Johnsons womöglich noch weiter um sich gegriffen. All diese Umstände tragen ihm heute den heftigsten Tadel der Rechten ein.

Aber man kann sich derzeit schlechthin keinen Präsidenten vorstellen, der die Nation mit sich selbst zu versöhnen vermöchte, steht diese Nation doch vor der Erkenntnis, dass sie womöglich gerade das Gegenteil aller Eigenschaften verkörpert, die ihr einst heilig waren: Sie ist in sich selbst uneins, vom Zerfall bedroht, als «imperialistisch» verschrien und tut infolge der gegenüber anderen Nationen bewiesenen Grosszügigkeit ihrem eigenen wirtschaftlichen Gedeihen Abbruch. Andere Nationen, die mit stärkeren mystischen Wurzeln in ihrer Geschichte verankert sind, würden sich wegen einer Veränderung ihres «Image» wohl nicht so sehr aus der Fassung bringen lassen. Die Amerikaner hingegen, die ihre gemeinsame Existenz von Verfassungsurkunden und einem gleichsam stillschweigend vereinbarten Gesellschaftsvertrag herleiten, fühlen sich durch die neuesten, ihren Idealen abträglichen Erscheinungen zutiefst beunruhigt.

Wahljahr 1972

Das Geschehen des Jahres 1972 wird also wohl noch stärker von ideologischen Momenten geprägt sein als jenes der Wahljahre 1964 und 1968. Die Mehrheit in der Mitte wird freilich aller

Voraussicht nach nicht aufgrund ideologischer Erwägungen wählen. Sie dürften sich bei ihrer Stimmabgabe nach wie vor von ganz konkreten Gedanken leiten lassen: Im Vordergrund stehen hier Arbeitslosigkeit, Steuern, Inflation, öffentliche Sicherheit und ähnliche Belange. Der Krieg in Vietnam oder das Abstimmungsergebnis in der UNO betreffend die Aufnahme Rotchinas wird diese mittlere Wählerschicht wohl kaum in erster Linie interessieren. Hingegen ist damit zu rechnen, dass die Linke und die Rechte allein schon in quantitativer Hinsicht stärker in Erscheinung treten werden als früher. Es wird daher sehr darauf ankommen, wie sich die Präsidentschaftskandidaten gegenüber diesen äussersten Flügeln der Wählerschaft verhalten werden. Ein hohes Mass von politischem Fingerspitzengefühl scheint jedenfalls geboten. In Washington weiss man nämlich schon lange um die Tatsache, dass sich zwar das Wahlverhalten der mittleren Wählerschicht einigermaßen vorausberechnen lässt, dass aber die am Rande stehenden Gruppen den Wahlausgang entscheiden.

Ein Blick auf die kleine Schar der möglichen Präsidentschaftskandidaten zeigt uns, dass die Demokraten noch über keine Führerpersönlichkeit verfügen, die sich auf eine wie auch immer zusammengesetzte Mehrheit innerhalb der Partei abstützen könnte. Dies geht schon aus der Tatsache hervor, dass drei potentielle Bewerber um die Nomination – Lindsay, McGovern und Kennedy – schon jetzt die Sympathien der radikalen Kreise zu gewinnen suchen und von ihnen den Ausschlag zu ihren Gunsten erhoffen, während drei andere – Muskie, Humphrey und Jackson – es vorziehen, innerhalb des alt-

bewährten Rahmens der «Parteimaschinerie» zu arbeiten. Niemand weiss aber, welche Strategie sich am besten auszahlt und am Wahltag die entscheidenden Stimmen einbringt – aus dem einfachen Grunde, weil Richard Nixon systematisch beide Methoden zugleich verfolgt und gleichsam auf die geraden wie auch auf die ungeraden Zahlen des politischen Roulettes setzt.

Zweifellos ist Nixon bis zur Stunde der absolut dominierende Kandidat. Er wird alles daran setzen, noch eine zweite Amtszeit im Weissen Haus zu verbringen. (Ich möchte hier auf ein psychologisches Moment hinweisen: Nixon, das Kind einer Kleinstadt, ein Quäker und seinem ganzen persönlichen Gebaren nach im Grunde ein Angehöriger des mittleren Bürgertums, ist äusserst erpicht darauf, in den Kreisen der Intellektuellen Anerkennung zu finden, und hat sein ganzes Streben darauf gerichtet, der ersten bemannten Mondfahrt Pate zu stehen, eine Politik des weltweiten Gleichgewichts zu führen und vor allem bis 1976, dem 200. Gründungsjahr der Vereinigten Staaten, als Präsident zu amtieren.)

Innenpolitische Akrobatik

Trotz aller Entschlossenheit könnte Nixon gerade wegen seiner Virtuosität, mit der er das politische Spiel betreibt, in nicht zum voraus einkalkulierbare Schwierigkeiten geraten. Sehr wahrscheinlich rechnet er damit, dass zwei von insgesamt drei wichtigen Faktoren den Ausschlag zu seinen Gunsten geben werden. Diese drei Faktoren sind der konservative Wählerblock, der radikale Block und der aus Demokraten und Republikanern bestehende linksliberal

orientierte Teil des Establishments. Die letztgenannte Gruppe ist nämlich einseitig genug, um zu wissen, dass das Land von einem rechts der Mitte stehenden Präsidenten regiert werden muss, der eine liberale Politik links der Mitte praktiziert.

Wie bereits gesagt, zähle ich die grosse Mehrheit in der Mitte nicht zu den ausschlaggebenden Faktoren. Da heute das Hauptgewicht des politischen Lebens bei den äusseren Flügeln liegt, gilt sie wohl zu Recht als eine Konstante, die je länger desto weniger in Rechnung zu stellen ist. Nixon glaubt, er werde am Wahltag die Konservativen hinter sich haben. Zwar hat er sie seit seinem Einzug ins Weisse Haus wiederholt vor den Kopf gestossen, wird voraussichtlich aber fähig sein, sie unmittelbar vor dem republikanischen Wahlkonvent durch einen raffinierten und aufsehenerregenden Schachzug zu besänftigen. Ferner weiss er, dass ihn die Radikalen und die extremen Leute unter den Linksliberalen sowohl aus ideologischen als auch aus persönlichen Gründen verabscheuen.

Es bleibt noch jene Gruppe von gescheiterten politischen Operateuren, die man am ehesten mit den Senatoren Javits und Fulbright, Walter Lippman und anderen Persönlichkeiten aus den Kreisen der Hochfinanz, der Publizistik und der grossen Politik identifizieren könnte. Diese Gruppe – natürlich nicht durchwegs die genannten Leute – setzten es schon vor zwanzig Jahren durch, dass nicht Senator Taft, sondern General Eisenhower die republikanische Präsidentschaftsnomination gewann. Nixon, Eisenhowers Vizepräsident während zwei Amtsperioden, ist folglich in diesem Kreis schon seit langer Zeit bekannt.

Die Exponenten der genannten Gruppe hegten zwar noch nie eine besondere Vorliebe für Nixon. Aus zwei Gründen zogen sie ihn aber schon 1968 dem ihnen in ideologischer Hinsicht näherstehenden Hubert Humphrey vor: Erstens bestand der Eindruck, dass sich Vizepräsident Humphrey über weite Strecken mit Präsident Johnson identifizierte, und zweitens bedurfte die von einer Welle konservativen Unwillens erfasste Nation eines Präsidenten, der sie zu beruhigen vermochte. Dieser Mann war Richard Nixon, ein erwiesener Antikommunist, Konservativer und Vorkämpfer für Recht und Ordnung. Seine Wiederwahl hängt zu einem grossen Teil davon ab, ob die «Königsmacher» seine bisherige Amtsführung billigen. Sie lässt sich mit der oben kurz angedeuteten Formel charakterisieren: Der rechts stehende Präsident praktiziert eine Politik links der Mitte.

Modetorheit oder Zerstörungswut?

Ob diese Formel zum Erfolg führt, wird sich freilich erst noch erweisen müssen. Der Radikalismus hat sich nämlich schon tief in das Gefüge der amerikanischen Gesellschaft hineingefressen: Die Linke läuft heute gegen alles und jedes Sturm, und wenn auch die ganze Protestbewegung wie so manches in Amerika zum Teil als Modetorheit abgetan werden kann, so lassen sich doch puritanischer Geschäftssinn und Berufsethos schlechterdings nicht mit radikaler Verachtung und Zerstörungswut vereinbaren. Als ich im Jahr 1966 in Chile durch die Strassen Santiagos spazierte, fielen mir die mit linksextremen Zeitschriften, Pamphleten und Büchern reich bestückten Zeitungskioske auf.

Einer meiner chilenischen Begleiter bemerkte dazu: «Die Revolution wird kommen, weil das Bürgertum heute diese Literatur liest.» Zurzeit sehen die amerikanischen Zeitungsstände aus wie damals jene in Santiago – und der amerikanische Bürger konsumiert in der Untergrundbahn, während den Kaffeepausen in den Geschäften und in den Leseräumen der Colleges die gleiche Literatur.

Progressive Aussenpolitik

Einigen aussenpolitischen Massnahmen des Präsidenten, so etwa der amerikanischen Teilnahme an den SALT-Gesprächen sowie der Anerkennung des Anspruchs Pekings auf einen Sitz in der UNO und der damit verbundenen Brückierung Taiwans, kommt auch innenpolitische Bedeutung zu. Nixon möchte sich damit nämlich im linksliberalen Lager in ein günstiges Licht setzen und erreichen, dass diese Leute vergessen, welche Rolle er bei der Verurteilung von Alger Hiss und in den Hearings vor dem Untersuchungsausschuss des Senats betreffend die kommunistischen Umtriebe spielte. Wenn also auch die Radikalen ungeachtet aller noch so unmissverständlichen Gesten, mit denen Nixon seinen «Gesinnungswandel» kundtun möchte, dem Präsidenten nach wie vor feindselig gegenüberstehen, so dürften ihn die Linksliberalen gleichwohl jedem demokratischen Kandidaten vorziehen, der dank seiner grösseren Ellbogenfreiheit nach links eine entschiedenere anti-kommunistische Aussenpolitik zu führen in der Lage wäre. (Man könnte in diesem Zusammenhang an einen historischen Präzedenzfall denken: Der frühere sozialistische Ministerpräsident

Frankreichs, Guy Mollet, bemühte sich nach Kräften, Algerien für Frankreich zu erhalten, während der rechtsstehende General de Gaulle Algerien preisgab.)

Ein solches Risiko wünschen natürlich die massgebenden linksliberalen Politiker wohl zu allerletzt einzugehen. Der recht gemässigte Arthur Krock, der heute im Ruhestand lebende Leitartikler des «New York Times», schrieb in seinem 1971 erschienenen Buch «The Consent of the Governed» (Das Einverständnis der Regierten), die USA würden «durch und für eine gut organisierte Minderheit regiert», die das Land auf den Weg der «nationalen Selbstzerstörung» zu führen vermöchte, obwohl «eine unorganisierte Mehrheit, die aufgerufen werden könnte, Amerika zu retten», nach wie vor bestehe. In Erkenntnis dieses Sachverhalts wünschen die massgebenden Linksliberalen diese «unorganisierte Mehrheit» weiterhin in Untätigkeit zu halten, indem sie für die Wiederwahl Nixons eintreten. Über ihn äusserte sich Walter Lippman in einem Interview folgendermassen: «Unter allen verfügbaren Politikern konnte nur Nixon einen solchen Umschwung [nämlich die Annäherung an Rotchina] herbeiführen... Der Grund, weshalb diese Neuorientierung nicht von einem landesweiten Aufschrei des Protests begleitet war, liegt darin, dass sie unter der Leitung eines erwiesenen Antikommunisten wie Nixon erfolgte.»

Der Präsident und die Kreise, die seine Kandidatur aus den verschiedenartigsten Gründen befürworten, fragen sich nun, ob es innert nützlicher Frist gelingen wird, die konservativen Wähler zu beschwichtigen und sie nochmals um Nixon zu scharen. Auf den ersten Blick und angesichts der heutigen Lage scheinen diesbezüglich einige Zweifel ange-

bracht. Die Konservativen reagierten nämlich – im Gegensatz zu Lippmans Behauptung – mit heftigen Protesten auf die neue Chinapolitik. Auch die unzulängliche militärische Bereitschaft des Landes, ein Umstand, auf den besorgte Fachleute in den USA und in Grossbritannien immer wieder hinweisen, gibt Anlass zu verbreitetem Missbehagen.

Erwähnen wir schliesslich noch, dass der Präsident bisher der Gewalttätigkeit und der Rechtsunsicherheit im eigenen Land noch nicht erfolgreich entgegenzutreten vermochte. Ereignisse auf diesem Gebiet machen zwar vielleicht weniger Schlagzeilen als 1968/69, sind aber viel weiter verbreitet. Tatsächlich haben bereits verschiedene konservative Organisationen, namentlich solche mit vorwiegend jüngeren Mitgliedern, ihr mangelndes Vertrauen gegenüber Nixon zum Ausdruck gebracht. Einige andere Konservative, die in den ersten Monaten der Nixon-Administration höhere Regierungsämter übernahmen, sind nicht bereit, den neuen politischen Kurs zu billigen oder gar zu unterstützen und haben in ihrer Verzweiflung demissioniert.

Die Konservativen

Bekanntlich errangen die Konservativen anlässlich der Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen vom 2. November 1971 in einer ganzen Anzahl von Fällen beachtliche Erfolge. Zwei Begleiterscheinungen dieser Wahlen halte ich für besonders aufschlussreich: Erstens stand selbst im Süden die schwarze Wählerschaft nicht geschlossen hinter den schwarzen Kandidaten, und zweitens löste entgegen allen Erwartungen die Stimmbeteiligung der Achtzehn- bis

Zwanzigjährigen, die hier erstmals von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen konnten, keinen Linksrutsch aus. (Ebensowenig wirkte sich die erstmalige Beteiligung der Jungwähler anlässlich der britischen Parlamentswahlen vor etwas mehr als zwei Jahren zugunsten Labours aus. Vorkommnisse dieser Art zeigen, dass «die Jugend» in ihrer Gesamtheit keineswegs «radikal» ist.) Der Konservatismus vermag sich also im grossen und ganzen zu behaupten oder gewinnt sogar an Stärke – wie es auf der andern Seite des politischen Spektrums auch für den Radikalismus gilt.

Allerdings darf in diesem Zusammenhang eine andere Tatsache nicht unbeachtet bleiben: die geringe Stimmfreudigkeit der Konservativen in einem Wahljahr. Zurzeit scheint dagegen kein Kraut gewachsen zu sein. Der gewiegte Taktiker Nixon hat freilich auch diesen Umstand in Rechnung gestellt. Wenn die Konservativen kurz vor den Wahlkonventen erkennen, welche Kandidaten sich ausser Nixon um das höchste Amt in den USA bewerben, so werden sie wahrscheinlich dem Präsidenten, den sie nach wie vor als einen der ihren betrachten, alle ihren Anliegen abträglichen Massnahmen verzeihen und sich, wenn auch nicht mit Begeisterung, so doch in ausreichender Zahl, unter seine Fahne scharen, um ihm zum Sieg zu verhelfen. Mit welcher Wahltaktik wird sich Nixon bei den Konservativen Rückhalt zu verschaffen wissen? Man kann fast sicher damit rechnen, dass er die bei den Linksliberalen mit Beifall aufgenommenen Schritte, wie etwa die angekündigten Besuche in Peking und Moskau (und womöglich gar in Havanna?) durch eine zeitlich geschickt angesetzte Verlautbarung kompensiert, die auch verdrossene Konservative wie-

der versöhnt. Ein Schachzug dieser Art dürfte, wie bereits erwähnt, für den Frühsommer 1972 zu erwarten sein.

Verblässender Traum

Unterdessen geht im Lande selbst die Bewegung weg von den grundlegenden Konzeptionen des «Amerikanismus» unaufhaltsam weiter. Minderheitsgruppen sind sich bewusst, dass sie im vielgerühmten amerikanischen Schmelztiegel nicht aufgingen, und fühlen sich daher dem Land gegenüber auch nicht zur Loyalität verpflichtet. Ihre Angehörigen entdecken ihre spezifische Überlegenheit über den Menschentypus, den man einst stolz den «amerikanischen Bürger» nannte. Schwarze bestehen darauf, dass sie in erster Linie Afrikaner sind und tragen Ansteckknöpfe, auf denen der grössenmässige Unterschied zwischen der riesigen afrikanischen Landmasse und dem vergleichsweise kleinen Gebiet der USA augenfällig zum Ausdruck gebracht ist. Die Portorikaner verlangen die volle Unabhängigkeit für ihre Insel und zeigen eine neue Fahne. Juden bekunden immer lautstärker ihre Sympathie für den Staat Israel und be-

kämpfen in Stadtguerilla-Verbänden ihre Widersacher. Zahlreiche andere Gruppen entrollen Flaggen ihrer eigenen Erfindung; sie tun dies aber nicht etwa in der Absicht, auf diese Weise von der Pluralität der amerikanischen Gesellschaft Kunde zu geben, sondern um ihre Gegnerschaft gegen alles, was der herkömmliche Begriff «Amerika» in sich schliesst, zu demonstrieren. Selbst in der traditionell geschlossenen und loyalen chinesischen Bevölkerungsgruppe spielt sich heute ein heftiger Generationenkonflikt ab.

Irgendwo in der Mitte, verschwommen und kaum mehr sichtbar, gibt es immer noch den amerikanischen Traum. Da er sich aber nur in die Sprache alter Klischees fassen lässt, wird er in weiten Kreisen nicht mehr verstanden und sogar abgelehnt. Die grosse Mehrheit der amerikanischen Gesellschaft ist nach wie vor grenzenlos tolerant und nachgiebig, sie ist sich aber noch immer nicht klar darüber, dass alle Freiheit und die reiche Fülle von Verbrauchsgütern nicht das höchste Ziel des in den ältesten Verfassungsdokumenten gepriesenen Strebens nach Glück darstellen.

Thomas Molnar